

Platz abbeck

Nr. 1, 4. März 2025

Die Linke

Fraktion im Kölner Rat

Die Linke – Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln
Tel. 0221-221-278 40, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de
www.linksfraktion-koeln.de

Keine Bezahlkarte in Köln!

Die Verwaltung will auf der nächsten Ratssitzung im April eine Beschlussvorlage einbringen, die die Einführung einer Bezahlkarte verhindert. Dafür hat sich auch eine Mehrheit im Stadtrat ausgesprochen. Die Stadtverwaltung begründet ihre Ablehnung (Ds 0421/2025):

„Die Verwaltung sieht in Relation zu den aktuell bewährten Formen der Leistungserbringung, die in Köln derzeit bereits zu 85 % bargeldlos auf Girokonten erfolgen, in der Umsetzung keine Verwaltungsvereinfachung, sondern erwartet Mehrarbeit und dadurch höhere Personalkosten ...“

In Köln sind 55 % der Geflüchteten in privaten Wohnungen untergebracht. Diese erhalten ihre Geldleistungen auf ein Girokonto. Sie haben Daueraufträge z. B. für Miete, Energiekosten, Versicherungen etc. eingerichtet, die derzeit über die Bezahlkarte nicht ausführbar sind. Würde die Bezahlkarte eingeführt, müsste künftig die Stadt die Zahlungen an Vermieter*innen und Energieversorger sicherstellen. Das wäre deutlich mehr Arbeit für die ohnehin überlastete Verwaltung.

Wenn Geflüchtete einer Erwerbsarbeit nachgehen, entsteht Chaos, da Erwerbseinkommen auf reguläre Girokonten überwiesen werden müssen. Denn Arbeitgeber*innen können nicht auf Bezahlkarten einzahlen. Verlieren diese Menschen allerdings ihren Job und finden nicht innerhalb von drei Monaten einen neuen, dann müsste die Stadt wieder auf Bezahlkarte umstellen. Zusätzlich zu diesem Aufwand müsste die Stadt dann wieder die Überweisungen für Vermieter, Heizung, etc. selbst durchführen. Vollends absurd wird es, wenn die Geflüchteten

Bundestagswahl: Die Linke in Köln so stark wie noch nie!

Die neue Regierungsbildung lässt nichts Gutes erwarten

Am Wahlabend waren viele Leserinnen und Leser dieser Zeitung, Mitglieder und Freundinnen und Freunde der Linken und natürlich auch die Ratsfraktion erleichtert. Mit 8,8% ist Die Linke in den Bundestag eingezogen. Dank allen Menschen in Köln, die daran mitgewirkt haben, und Gratulation für unsere neue Kölner Bundestagsabgeordnete Lea Reisner.

Dank aber auch an die neue Parteispitze in Berlin. Die Doppelstrategie mindestens drei Direktwahlkreise zu erzielen, aber auch die 5 % Hürde zu überspringen, ist aufgegangen. Und Dank an den vielen neuen engagierten Mitglieder, insbesondere in der Kölner Partei Die Linke, die hoffentlich alle schon diese Zeitung bekommen.

Die Ampelparteien haben dramatisch verloren. Die FDP ist sogar aus dem Bundestag rausgeflogen.

Die Ankündigung des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten, deutlich über 30 % der Stimmen zu bekommen, wurde nicht wahr. 28,6 % ist das zweischlechteste Ergebnis der CDU/CSU. Die Abgrenzung der ehemaligen Bundeskanzlerin Merkel gegenüber Merz war schon etwas Besonderes, auch der öffentliche Widerspruch von katholischer und evangelischer Kirche gegen Merz' Flüchtlingspolitik.

Die CDU erhielt viele Stimmen von der SPD, gab aber auch 800.000 Stimmen an die AfD ab. Die rechte Hetze und Stimmungsmache der CDU/CSU bewirkte mal wieder das, was prophezeit wurde. Die Leu- →



Der langjährige Kölner Bundestagsabgeordnete der Linken, Matthias W. Birkwald, trat bei dieser Wahl nicht mehr an und verabschiedet sich in seinen wohlverdienten Ruhestand. Auf der Abschlusskundgebung auf dem Chlodwigplatz übergab er den Stab an seine designierte Nachfolgerin, Lea Reisner. Sie wird künftig Köln im Bundestag vertreten. Foto: Berthold Bronisz



www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln +++ www.linksfraktion-koeln.de

→ Bezahlkarte ...

dann wieder einen neuen Job finden. Dann geht die ganze Umstellung wieder von vorne los. Und das führt eine NRW-Landesregierung ein, die den Bürokratieabbau vorantreiben will!

Folgerichtig urteilt die Verwaltung: „Die Bezahlkartenverordnung NRW beinhaltet somit Regelungen, die dem Ziel der Verwaltungsvereinfachung entgegenstehen.“

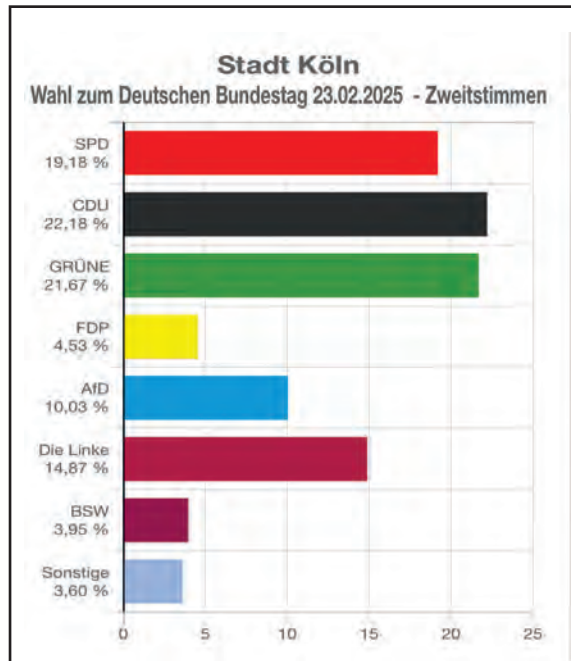
Es entsteht auch an anderen Stellen Mehraufwand. Jede volljährige Person braucht eine eigene Bezahlkarte. Wenn sie in einer Bedarfsgemeinschaft leben, müssen die Ansprüche der Kinder den Karten der Eltern zugeordnet werden – per Hand! Damit würde die jetzt praktizierte automatische Zuordnung wegfallen.

Die Verwaltung müsste sich auch darum kümmern, wenn Menschen ihre Karte verlieren oder sie gesperrt wird, z. B. durch Vergessen der PIN oder mehrmalige Falschein-gabe. Das muss sie aber nicht tun, wenn diese Fehlanwendung eine normale EC- bzw. Girokarte betrifft.

Die Verwaltung berücksichtigt auch die Kritik von Kölner Organisationen:

„Der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen macht geltend, dass die Bezahlkarte die Migration nicht beschränken wird. Auch wenn Leistungen nicht mehr bar ausgezahlt und Rücküberweisungen an die Familien oder an 'Schlepper' unmöglich werden, werden sich Menschen laut Rundem Tisch weiter auf den Weg machen, da Stabilität, Schutz vor Verfolgung oder bereits in Deutschland lebende Verwandte und die Aussicht, durch reguläre Jobs auch die Familie in der Heimat unterstützen zu können weiterhin wichtige Migrationsgründe für die Flucht sind.“

In der Geflüchtetenberatung tätige Organisationen in Köln kritisieren die Wirkung als diskriminierend und integrationshemmend: Demnach stigmatisiere die Bezahlkarte geflüchtete Menschen, bevor-munde sie in ihrer Lebensführung, erschwere ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und behindere so nicht zuletzt auch die Arbeit der in der Integrationsarbeit Tätigen. Eine Initiative aus Wohlfahrtsverbänden, Vereinen und Kölner



te wählen dann doch das Original. 20,8 % für die AfD bedeutet eine Rechtsentwicklung in Deutschland, mit der Friedrich Merz spielt, sie einsetzt und versucht, den möglichen Koalitionspartner SPD gewaltig unter Druck zu setzen.

Das ist die Entmenschlichung von Politik, nicht nur in der Geflüchtetenpolitik, beim Bürgergeld, sondern auch bei vielen Individualrechten der Menschen. Das Altschuldenprogramm für die Kommunen steht nicht mehr im CDU-Wahlprogramm. Das kann dazu führen, dass die Kommunen in eine Lage getrieben werden, die Entmenschlichung bei konkreten Maßnahmen vor Ort, z. B. Kitas mitzutragen, weil die finanziellen Mittel nicht mehr vorhanden sind. Merz Münchener-Hetzrede am Vorwahlabend, dass es keine grün-linken Mehrheiten mehr gebe, war schon bezeichnend. Mehr Geld für Militär und der Wirtschaft wird in seinem Regierungsprogramm stehen.

Die Linke hat großen Stimmenzuwächse bei jungen Wählerinnen und Wählern, vor allem bei Frauen, und sie gewinnt bei Arbeiter*innen und Angestellten dazu.

Moritz Warnke schreibt in sei-

Flüchtlingsrat hat sich daher mit der Kampagne ‚Selbstbestimmung statt Bezahlkarte‘ gegen die Einführung der Bezahlkarte ausgesprochen.“

Schließlich weist die Verwaltung auf ihre langjährigen Erfahrungen mit Geldleistungen hin. Keine Erfahrungen scheint sie in dieser Zeit al-

ner Wahlanalyse für die Rosa-Luxemburg-Stiftung: „Der Wahlkampfverlauf war für Die Linke vorteilhaft: es gab kein knappes Rennen um das Kanzleramt, so dass es – anders als 2021 – für rot-rot-grüne Wechselwähler*innen auch keine ‚taktischen‘ Gründe gab SPD oder Grüne zu wählen, die ohnehin angeschlagen aus der Ampelkoalition gingen.“

In wenigen Wochen verdoppelte sich die Mitgliedschaft der Linken im Bund, auch in Köln. Es entsteht gerade eine neue linke Kraft in der Gesellschaft. Die Heraus-

forderungen und die Chancen sind enorm. Das ist vielen Akteuren in der Kölner Linken klar.

In Köln hat Die Linke ihr bestes Wahlergebnis seit 1990 erzielt. Mit 14,9 % und 90.000 Wähler*innen wurde der Wahlerfolg von 2017 noch getoppt (11,5 % und 63.000 Stimmen).

Die linken Wähler*innen sind klug. Sie wählen dann auch mal eine SPD-Kandidatin mit der Erststimme, um die CDU zu verhindern. Gleiches fand im Wahlkreis Köln II mit einem grünen Kandidaten statt.

Die Linke wurde im Stadtteil Kalk mit über 30 % auf Platz 1 gewählt, auch in drei weiteren Kölner Stadtteilen wurden wir stärkste Kraft. Im ganzen Stadtbezirk Ehrenfeld wurde Die Linke hinter den Grünen mit 20 % zweistärkste Partei.

Die Kölner Linke hat in NRW das beste Wahlergebnis. Im Unterschied zu einigen anderen Großstädten wie Bielefeld, Dortmund, Essen, Bochum, Wuppertal und auch Düsseldorf deutlich mehr Stimmen als die AfD. Die zahlreichen großen Protestaktionen gegen die AfD in Köln zeigen Wirkung.

Jörg Detjen, 24.2.2025

lerdings mit dem Missbrauch ihrer Leistungen gemacht zu haben, denn sie schreibt: „Es gibt keine gesicherten Erkenntnisse auf missbräuchliche Handlungen. Eine Datenlage zum Transfer von Leistungen ins Ausland ist nicht vorhanden.“

Jörg Detjen

Der Kölner Stadtrat hat kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem!

Die Haushaltskrise ist offensichtlich. Seit Jahrzehnten sind die Kommunen unterfinanziert. Bund und Land haben den Kommunen in diesem Zeitraum bewusst immer neue Aufgaben übertragen, ohne sie für die Kosten ausreichend zu entschädigen.

Für Kölner*innen sind die Folgen der kommunalen Unterfinanzierung längst Tagesthema. Tausende Haustürgespräche hat Die Linke in den vergangenen Wochen in den einkommensärmeren Vierteln Kölns geführt. Als Hauptprobleme wurden der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, an Schul- und Kitaplätzen genannt, aber auch unzuverlässige Bahnen bei der KVB oder defekte Rolltreppen. Wer mehr Geld für die Kommunen fordert, dem geht es also nicht um ein verantwortungsloses „Wünsch dir was“. Nein, es geht darum, dass in der Kommune, in der unsere Demokratie alltäglich positiv erfahrbar sein sollte, die öffentliche Infrastruktur zuverlässig funktioniert: bei Verkehr, Bildung, Gesundheit, klimagerechter Energie und Kultur.

Der Haushalt des im Rat regierenden Bündnisses von Grünen, CDU und Volt gibt auch keine ausreichenden Antworten auf die immensen sozialen Probleme der Stadt.

Im Rechtsrheinischen und im Kölner Norden gibt es viele Stadtteile, in denen über 30 Prozent der Kinder im Bezug von Bürgergeld aufwachsen müssen. Auf andere Stadtteile verteilt sich die steigende Zahl von bislang rund 600 Kölner Einkommensmillionären.

Eines der größten Probleme der unteren und mittleren Einkommenschichten sind die explodierten Mieten, die einen großen Teil der Einkommen verzehren. Eine aktive Wohnungspolitik für bezahlbare Mieten findet aber praktisch nicht statt. Das Prinzip „Der Markt wird's schon richten“ funktioniert nicht.

Der notwendige Bau von mindestens 2000 günstigen, geförderten Wohnungen pro Jahr ist nicht einmal entfernt in Sicht. Obwohl vom Rat schon 2013 beschlossen, gibt es in Köln erst vier soziale Erhaltungssatzungen, die Mieter*in-

nen vor Verdrängung schützen. In München gibt es 36 von ihnen, und 350.000 Menschen wohnen in ihrem Bereich. Die städtische Wohnungsgesellschaft GAG wird nicht genügend unterstützt, z.B. durch günstig ihr überlassene Grundstücke. Sie muss sogar noch jährlich aus ihrem Gewinn Geld in den Haushalt abführen.

Der Masterplan gegen Obdachlosigkeit bleibt in vielen Punkten zu vage und es gibt zu wenig Geld für ihn. Wie bisher wird es auch zukünftig viele tausend Wohnungslose in Köln geben. Das ist nicht hinnehmbar.



Die Stadtverwaltung leidet unter eklatantem Personalmangel. Sie hat ständig zahlreiche unbesetzte Stellen und sie hat insgesamt zu wenig Planstellen. Das führt zur schleppenden Umsetzung der sozialen Erhaltungssatzungen, langen Wartezeiten auf Baugenehmigungen, Problemen im Neubau und der Sanierung von Schulen.

Grüne, CDU, Volt und die Verwaltung haben nicht genügend in den Ausbau von Bus und Bahn investiert, in Zuverlässigkeit der Verbindungen, bessere Zeittakte und maßvolle Fahrpreise. Das wird zukünftig nicht besser: Es fehlt an Investitionen und Personalstellen im Kernhaushalt. Vor allem leidet der stadtweite Ausbau von Stadtbahn und Bus am Dauerkonflikt im regierenden Bündnis um die Ost-West-Achse.

Den Beton-Parteien von CDU, SPD, FDP und der Oberbürgermeisterin geht es um ein Prestige-Projekt im Zentrum. Das knappe Fach-

personal im Verkehrsdezernat wird für aber für den Ausbau von Bus und Bahn in ganz Köln gebraucht! Oberirdisch ist das viel kostengünstiger. Schon der zweistellige Millionenbetrag für die sinnlose Doppelplanung einer unter- und einer oberirdischen Variante waren vergebendes Geld der Steuerzahler.

Nach den vielen Protesten gegen den Kürzungshaushalt hat im Januar das Bündnis von Grünen, CDU und Volt eine Reihe der schlimmsten Kürzungen im Finanzausschuss zurückgenommen, insbesondere bei Frauenprojekten und Geflüchteten. Das erkennen wir gerne an. Aber Kürzungen wurden nur für 21 Millionen Euro zurückgenommen, während die ganze Summe 90 Millionen beträgt.

Bei unserem eigenen Haushaltsantrag, den das Bündnis nicht unterstützte, sehen wir Linke bei den Einnahmen u. a. eine maßvolle Erhöhung der Gewerbesteuer um 15 Hebepunkte für den Haushalt vor und zusätzlich 5 Hebepunkte zweckgebunden für die Verkehrswende bei der KVB. Sie würde dann rund 25 Millionen Euro jährlich erhalten, um Bus und Bahn auszubauen.

Anders als im beschlossenen Haushalt von Grünen, CDU und Volt vorgesehen möchte Die Linke 20 Stellen schaffen, um den ÖPNV auszubauen. Mit 5 Millionen Euro unterstützen wir den Masterplan gegen Obdachlosigkeit. Die GAG soll ihre Gewinne nicht in den Haushalt abführen müssen, damit sie mehr preiswerten Wohnraum schaffen kann. Die Träger bekommen einen um 10 % höheren Zuschuss, um die Steigerung bei den Personalkosten aufzufangen. Bei der Bildung werden für jeweils 1 Million Euro jährlich die Schulsozialarbeit aufgestockt, im Offenen Ganztage faire Löhne gezahlt, feste Stellen für die bislang prekär Arbeitenden an der Volkshochschule geschaffen.

Heiner Kockerbeck

Die ausführliche Rede zum Haushalt gibt es hier zum Nachlesen:
<https://www.linksfraktion-koeln.de/politik-im-rat/detail/koeln-steckt-in-einer-haushaltskrise/>

Aus den Bezirken

Innenstadt

Neues vom Brüsseler Platz

„Evident unzureichend“ Auf diese kurze Formel lassen sich die Maßnahmen der Stadt Köln zur Beruhigung der Situation am Brüsseler zusammenfassen. Zumindest in der Lesart des Oberverwaltungsgerichts Münster, das im September 2023 fünf Anwohnern recht gegeben hat, die auf Einhaltung der Nachtruhe geklagt hatten. Eine Beschwerde der Stadt gegen das Urteil wurde abgewiesen, die Revision ist nicht zulässig. Somit besteht Handlungsbedarf. „Wir sagen Ihnen



nicht, was Sie zu tun haben. Aber wir sagen Ihnen, dass sie etwas zu tun haben“ hieß es in der semi-salomonischen Urteilsbegründung des OVG. Richten soll es nun ein Verweilverbot, dass die Stadt per Allgemeinverfügung kurzfristig erlassen wird. Dieses Instrument, welches während der Corona-Pandemie bereits erfolgreich zur Anwendung gebracht wurde, unterbindet quasi jedweden Aufenthalt zwischen 22 und 6 Uhr. Eine drastische Maßnahme, die nun den Mitgliedern der BV Innenstadt sowie den Anwohner*innen im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 28. Januar vorgestellt wurde. Zweifellos keine einfache Aufgabe, der sich der neue Leiter des Ordnungsamtes in der prall gefüllten Kirche St. Michael zu stellen hatte.

Ralf Mayer legte die Messlatte gleich in seiner Eingangserklärung erstmal nach ganz oben, indem er die Grundrechtsabwägung erläuterte, in welcher höchstrichterlich entschieden wurde: Der Schutz der Gesundheit durch Gewährleistung der Nachtruhe geht anderen Inte-

ressen und Rechtsgütern (Freizügigkeit und Berufsausübung der Außengastronomie) vor. Anschließend legte er aktuelle Schallmessungen vom Dezember 2024 vor und verwies auf die bald zwanzigjährige Geschichte des Konflikts.

Tatsächlich geht die Anziehungskraft des Brüsseler Platzes auf den Weltjugendtag 2005 zurück, als anlässlich des Papstbesuches nächtelang beglückte Jugendliche dieses Kleinod für sich entdeckten („Benedetto...“). Auch wenn Köln-Tourismus inzwischen keine Reiseempfehlung für diesen Veedelsplatz mehr ausspricht, erfreut er sich doch insbesondere an wärmeren Abenden nach wie vor großer überregionaler Beliebtheit.

Die Crux ist, dass es sich dabei zum überwiegenden Teil um entspannte, zivilisierte und nicht unsympathische Besucher*innen handelt, die i. d. R. nicht auf Kra-wall gebürstet sind und einfach keine Böcke haben, sich im Zülpicher Viertel oder gar auf den Ringen zu treffen. Das wurde auch in zahlreichen Diskussionsbeiträgen deutlich, wo insbesondere Anwohnende darauf verwiesen, dass diese Leute Räume brauchen (öffentlich und unkommerziell) und Teil eines sich wandelnden urbanen Freizeitverhaltens seien. Irgendwo müssen sie hin und der Vorschlag des Diakons, die Kirche St. Michael – immerhin die drittgrößte in Köln – sehr gerne für diese zu öffnen, wird noch zu diskutieren sein.

In der überaus hitzig geführten Debatte wurde zunehmend deutlich, dass ein Verweilverbot nebst Umsetzung eigentlich nicht gewünscht ist und die Komplettsperre, die das OVG als Ultima Ratio vorgeschlagen hat, schon mal gar nicht. Das Ordnungsamt verwies auf die zahlreichen Bemühungen der Vergangenheit, die stets fruchtlos geblieben sind (Räumungen, Planungsworkshops, Bürgerversammlungen).

Ich selber kann mich daran erinnern, wie vor vielen Jahren mal die Lichter ausgeknipst wurden, um die Aufenthaltsqualität einzuschränken. Aber natürlich hatten die jungen Leute damals schon LEDs und Taschenlampen. Als man dann um-

gekehrt mit riesigen Scheinwerfern Ungemütlichkeit erzeugte, wurden die Sonnenbrillen gezückt. Als die Straßenreinigung der AWB um null Uhr feuchten Kehraus machte, wurden die Gummistiefel übergestülpt. Letztlich war auch die gezielte Ansprache niemals richtig erfolgreich.

Apropos Sprache: Nicht der einzelne Besucher ist das Problem, sondern die Potenzierung der Unterhaltungen mehrerer Menschen, welche die ordnungsrechtliche und schallimmissionsrelevante Störung ausmacht: Erst in der Summe bilden die völlig legitimen Verhaltensweisen des Einzelnen eine Lärmbelästigung über 60 Dezibel, die das ganze juristisch problematisch macht und den Ordnungsbehörden nun keinerlei Spielraum mehr lässt. Zwar kündigte das Amt weitere Kommunikation, Analyse und Bewertung sowie Platzumgestaltungen inklusive Öffentlichkeitsbeteiligung an, aber zunächst müsse nun Vollzug erfolgen.

Wenig amused zeigten sich erwartungsgemäß die Außengastronomen, die demnächst bereits um 22 Uhr schließen sollen. Diese haben bislang verlässlich mit den Behörden kooperiert und waren verlässlicher Teil der Strategien der letzten Jahre. Insofern ist es nur recht, dass die Stadt hier umfangreiche Kompensationen und Kulanzregelungen in Aussicht stellt. Vor dem Hintergrund der Präcedenzwirkung wird das ganze Verfahren zu beobachten und zu evaluieren sein. Auch werden entsprechende politische Anträge im kommenden Kommunalwahlkampf wohl nicht ausbleiben. Käme man hier zu einer verträglichen Lösung, hätte das bundesweite Ausstrahlungskraft.

Michael Scheffer

Nippes

Bezirksvertreter gibt Mandat nicht zurück

Markus Frank ist 2020 für Die Linke in die Bezirksvertretung Nippes gewählt worden. Nun ist er aus der Partei ausgetreten und macht Wahlwerbung für das BSW. Unsere Partei hat ihn aufgefordert, dann auch seinen Sitz in der BV Nippes zurückzugeben und Platz für die Nächste auf der Wahlliste der Linken zu machen. Dieser Aufforderung ist er

aber nicht nachgekommen.

Der Ortsverband der Linken Köln Nord, zu dem Nippes gehört, hat das gegenüber der Presse begründet: „Vor dem Hintergrund des jüngsten Verhaltens des BSW fordert der Ortsverband Köln Nord Markus Frank erneut nachdrücklich auf, sein Mandat niederzulegen. Nur so kann sichergestellt werden, dass Die Linke Köln Nord und deren Wählerinnen und Wähler weiterhin durch eine klare, antirassistische Stimme in der Bezirksvertretung Nippes vertreten sind.“

In Nippes regiert ein Bündnis aus Grünen, Die Linke, FDP, GUT und KlimaFreunden. Dieses Bündnis hat Markus Frank ausgeschlossen. „Unser Kooperationspartner ist die Linke, nicht das BSW,“ stellte Dörthe Meyer, Co-Sprecherin des Nippeser Grünen-Ortsverbandes, fest.

Andrea Kostolnik

Innenstadt

Friedensstatue vor dem NS-Dokumentationszentrum

Die Bezirksvertretung Innenstadt hat sich in seiner letzten Sitzung einstimmig dafür ausgesprochen, die Erlaubnis für die Aufstellung der „Friedensstatue“ der Künstlerinnen Kim Eun-Sung und Kim Seo-Kyung ab dem 8. März 2025 vor dem NS-Dokumentationszentrum zu erteilen. Vorausgegangen war ein fraktionsübergreifender Antrag, nachdem das Amt der Oberbürgermeisterin erklärt hatte, in Ermangelung eines politischen Beschlusses keinen Handlungsbedarf zu sehen.

Prompt stand der Verdacht im Raum, dass Frau Reker aus falscher Rücksichtnahme auf die Offiziellen der Kölner Partnerstadt Kyoto eine Aufstellung der Statue, die an die sog. Trostfrauen erinnert, gerne vermeiden wollte.

Zum Hintergrund: Hundertausende Frauen wurden während der



japanischen Okkupation in Südostasien in Militärbordellen zur Prostitution gezwungen. Auch achtzig Jahre nach Kriegsende werden diese Kriegsverbrechen von der japanischen Regierung bestritten. Eine Aufarbeitung findet nicht statt. Da auch im Ausland eine kritische Erinnerung unerwünscht ist, bewegt man sich hier schnell auf diplomatisch dünnem Eis. Deswegen ist es wichtig, dass sich die Kölner Politik davon nicht beeindruckt lässt und dem NS-DOK den Rücken stärkt.

Die Statue ist Teil der Wanderausstellung „Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“, die vom 8. März bis zum 1. Juni 2025 in Köln Station macht:

<https://museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/Die-Dritte-Welt-im-Zweiten-Weltkrieg>

Michael Scheffer

Umwelt

Rettet das Gremberger Wäldchen!

Am 15. Februar 2025 fand eine Führung der Linken durch das Gremberger Wäldchen statt. Umweltaktivist und Gärtnermeister Gernot Schubert führte fachkundig durch den Wald. Unterstützt wurde der Spaziergang durch den Mietrebell Kalle Gerigk. Die Veranstaltung sollte auf die Bedeutung dieses unter Naturschutz stehenden Waldes aufmerksam machen. Erfolgreich, denn trotz des winterlichen Wetters versammelten sich zahlreiche interessierte Bürger*innen, um mehr über die ökologischen und historischen Aspekte des Wäldchens zu erfahren. Gernot Schubert erklärte eindrucksvoll, dass das Gremberger Wäldchen nicht nur eine grüne Lunge für Köln darstellte, sondern auch einen der ältesten Baumbestände der Stadt beherbergt.

Besonders besorgniserregend ist die geplante Erweiterung der Autobahn A4. Bereits jetzt teilt der östliche Zubringer das Wäldchen in zwei Hälften. Mit dem geplanten Ausbau auf acht Spuren zwischen dem Kreuz Gremberg und dem Kreuz Süd droht eine noch stärkere Zerschneidung des Gebiets. Zudem sollen im Bereich des Kreuz Grem-



berg mehrere Brückenbauwerke „in Stand gesetzt“, also abgerissen und neu (aus)gebaut werden, was zusätzliche Eingriffe in das Ökosystem bedeuten würde. Schubert betonte, dass solche Maßnahmen nicht nur der Umwelt schaden, sondern auch den Klimawandel weiter vorantreiben.

Das Wäldchen hat auch eine historische Bedeutung, als Sitz der Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. Diese erinnert an 74 sowjetische Bürger*innen, die während der nationalsozialistischen Herrschaft zwischen 1941 und 1945 an diesem Ort ermordet worden waren und hier in einem Massengrab ihre letzte Ruhe fanden. Unmittelbar neben der Autobahnböschung fand sich zudem ein Krankensammellager, an das heute zwar nichts mehr erinnert, welches aber wenigstens als Bodendenkmal Nr. 506 eingetragen ist. Das schreckliche Schicksal der Insassen führte dazu, dass ihre Gebeine bis zum heutigen Tag dort irgendwo liegen und die Täter niemals zur Rechenschaft gezogen wurden.

Bezirksvertreter HP Fischer betont:

„Das Wäldchen ist das letzte Stück beinahe urtümlichen Waldes, der sich um Köln erstreckte. Es beherbergt unzählige Naturschätze und ist gleichzeitig ein beliebtes Naherholungsgebiet und Vernetzungstück des Kölner Grüns.“

Nach zwei Stunden endete die Führung mit einem eindringlichen Appell: Der Schutz des Gremberger Wäldchens ist nicht nur eine Frage des Naturschutzes, sondern auch der historischen Verantwortung. Gerade heute sind solche Erinnerungsorte unersetzbar und müssen unbedingt erhalten werden. Wälder durch Asphalt zu ersetzen ist absolut vorgestern.

Isabel Gerken

Jetzt Umsteuern!

Veranstaltung von attac und DGB in der VHS

„Der Bundeskanzler verdient sechsmal so viel wie ein Facharbeiter. Das kann man richtig finden oder nicht. Aber Susanne Klatten, eine der Quandt-Erbinnen, verdient 2000mal soviel wie der Bundeskanzler!“ Diesen anschaulichen Vergleich stellte Karl-Martin Hentschel an, Steuer-Experte von Attac und zuvor Fraktionsvorsitzender der Grünen im schleswig-holsteinischen Landtag. Er war einer der beiden „Keynote-Speaker“ am 17. Januar bei der Veranstaltung „Umsteuern“ im Saal der VHS im Rautentrauch-Joest-Museum, zu der attac und der DGB Köln eingeladen hatten. Wir brauchen solche anschaulichen Bilder, um die wachsende Ungerechtigkeit in unserem Land auch plastisch werden zu lassen, mein-

te Norbert Walter-Borjans, in seinem früheren Leben Finanzminister in NRW. Nun ist er in der Bürgerbewegung Finanzwende aktiv.

Die soziale Schere hat sich in den letzten Jahren weiter geöffnet – das war die Botschaft dieser Veranstaltung, bei der neben den beiden Rednern Finanzfachleute aus Bürgerbewegungen teilnahmen, etwa Raul Didier, der Steuerexperte aus dem DGB-Bundesvorstand, und Stefanie Bremer, Vertreterin von „Tax me now“- einer Initiative von „Reichen“, die mit der laschen Besteuerung von Erbschaften und Vermögen hadern.

Während die Superreichen ungeheure Vermögen anhäufen können, auch in der Corona-Krise, haben die Kommunen immer weniger Geld,

obwohl sie vor einem wachsenden Berg von Aufgaben stehen: Wohnen, Schulbau, Verkehr, Kulturförderung, die Klimawende, um nur die wichtigsten zu nennen. Während hierzulande die Kommunen nur 16 Prozent der Steuereinnahmen zur Verfügung haben, sind es in Dänemark zwei Drittel des Steueraufkommens, ähnlich sieht es in den anderen skandinavischen Ländern aus. Umverteilung zugunsten der Notleidenden, das gilt auch im Verhältnis von Bund und Ländern zu den Kommunen. Da war sich das Podium einig mit dem Referenten Karl-Martin Hentschel. Aufgaben und Einnahmen müssen weiter dezentralisiert werden, die Kommunen müssten autonom über Schulen, Verkehr, Wohnen etc. entscheiden können. Das würde die Demokratie stärken, wenn die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sehen, was mit ihrem Steuergeld geschieht. Das Problem, wie man dann für einen Ausgleich zwischen armen und reichen Städten und Gemeinden sorgen will, wurde angesprochen. Auch dafür gibt es Vorschläge.

Fazit: Steuerpolitik ist vielen Menschen zu kompliziert, deshalb lassen Politiker*innen lieber die Finger davon. Umso wichtiger sind Bürgerbewegungen, die sich fürs Umverteilen mit Steuern einsetzen – von oben nach unten, und von Bund und Land zu den Kommunen.

Karl-Heinz Heinemann



Am 29. Januar „fand im DGB-Haus Köln eine spannende Diskussion zu den Themen Kommunal Finanzen, Altschuldenübernahme und Konnexitätsprinzip mit Carolin Kirsch (SPD), Jörg Detjen (Linke), Gisela Manderla (CDU), Volker Görzel (FDP), Roman Schulte (Grüne), Benedikt Frank (BSW) und Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert statt“ schreibt der DGB in Facebook. „Deutlich wurde einmal mehr: Kommunen müssen entlastet und gestärkt werden. Wir brauchen schnelle Lösungen. Wir brauchen Kommunen mit Zukunft!“

Gegen die Wohnungsnot von Studierenden

Auf der letzten Ratssitzung war Die Linke Mittragstellerin eines Antrags zur schnellen Umsetzung von preiswertem Wohnen für Student*innen. Er wurde angenommen.

Der Höchstbetrag Bafög liegt bei 855 Euro bei familienversicherten und 992 Euro bei selbst versicherten Studierenden. Die inklusive Wohnpauschale liegt bei 380 Euro. In 80 Prozent der deutschen Unistädte reicht die Wohnpauschale nicht, um die Kaltmiete zu decken.

Das gilt leider auch für Köln. Nur in vier anderen deutschen Städte müssen Studierende noch mehr für ein WG-Zimmer zahlen. Angebotene WG-Zimmer liegen fast immer über 500 Euro. Studierende ohne reiches Elternhaus und Elternbürgschaft haben es sehr schwer, ein Zimmer auf dem freien Markt zu finden.

Köln hat 95.000 Studis, hinzu kommen mehrere Tausend Azubis, die wegen ihrer Ausbildung in Köln leben müssen. Dem stehen lediglich 5.000 Zimmer des Studie-

rendenwerkes gegenüber. Das ist eine gravierende Unterversorgung der jungen Menschen in Ausbildung in unserer Stadt.

Was heißt das für die Betroffenen? Ich habe mich mal in unserer Linksjugend umgehört.

Marie, 24, Studentin der Psychologie sagt:

„Seit über einem Jahr muss ich täglich von Koblenz nach Köln zur Vorlesung fahren, weil ich hier kein Zimmer finde.“

Adrian, 23, studiert Maschinenbau. Er zahlt 600 Euro Miete für sein Zimmer und muss deshalb zweimal pro Woche arbeiten gehen, weil sonst das Geld nicht reicht. Er sagt: „Die Zeit fehlt mir zum Lernen. Deswegen werde ich mein Studium nicht in der Regelzeit schaffen.“

Sweta, 23, sagt: „Ich bin jetzt schon im dritten Semester. Ich habe immer noch keine feste Bleibe und hangele mich von Zwischenmietvertrag zu Zwischenmietvertrag.“

Michael Weisenstein



Vor der Bundestagswahl gab es mehrere große Demonstrationen gegen die AfD und das Verhalten des CDU-Kanzlerkandidaten Merz in Köln. Bei der Demo der CSD-Veranstalter „Wähl Liebe“ kamen über 13.000 Menschen auf den Neumarkt, unter dem Aufruf „Demokratie verteidigen – keine Zusammenarbeit mit Faschisten“ kamen 30.000 Teilnehmer*innen zusammen und dem Aufruf von „Köln stellt sich quer“ folgten 70.000 Menschen.

Fotos: Bert Bronisz und Andrea Kostolnik



Keine Einigung beim Ausbau der Ost-West-Achse – das gesamte Projekt steht auf der Kippe

Im Dezember 2024 versuchten die Beton-Fraktionen CDU, SPD und FDP mit einem völlig neuen Antrag nur wenige Tage vor der Ratssitzung ein wesentlich umfangreicheres Konzept durchzusetzen, dass statt 2,7 km Tunnel nun einen Megatunnel von 7,4 km vorsah (wir berichteten). Nach einem Einspruch stellte die Bezirksregierung fest, dass die Mandatsträger mehr Zeit brauchen, um die umfangreichen Änderungen zu beurteilen. Die Entscheidung wurde vertagt und ein neuer Gremienlauf wurde eingeleitet.

CDU, SPD und FDP wollten ursprünglich ihr Konzept mit einfacher Mehrheit durch den Rat bringen. Zusammen mit der Oberbürgermeisterin haben sie 45 Stimmen, die absolute Mehrheit des Rates beträgt 46 Stimmen. Damit machen sie die AfD (4 Stimmen) zum Zünglein an der Waage.

In der Zwischenzeit gab es die Abstimmung im Bundestag, bei der erstmals die Zustimmung der AfD in Kauf genommen wurde, was die SPD ins Grübeln gebracht hat. Nun soll ausgeschlossen werden, dass etwas Ähnliches auch in Köln passiert.

Neue Verhandlungen zwischen SPD und Grünen wurden aufgenommen. Was darüber bekannt wurde: Es gibt einen Entwurf, bei dem formal die oberirdische Variante beschlossen wird, aber gleichzeitig die

Verwaltung beauftragt würde, eine zweite Trasse von Deutz nach Lindenthal als Tunnel zu planen. Auch dies wäre eine erhebliche Änderung: ein viel längerer Tunnel, zudem unter dem Rhein her.

Man kann die Grünen vor einem solchen Umfaller nur warnen. Denn wenn parallel ein Tunnel in Auftrag geht, würden jahrelang wieder alle Ressourcen dorthin gehen, statt die vielen sinnvollen Ausbauprojekte im KVB-Netz zu verfolgen. Erinnert sei daran, dass das Verkehrsdezernat zum Beispiel die Verlängerung der Gürtellinie 13 bis zum Rhein aus Personalmangel nicht weiter vorantreibt, obwohl sie vorgeplant ist.

Das Problem ist, dass sowohl die Megatunnel-Pläne der Beton-Fraktionen wie auch die Ideen von SPD/Grünen umfangreiche Änderungen an den Verwaltungsvorlagen bedeuten würden.

Die Landesregierung hat jedoch mitgeteilt, dass das Projekt bis zum 31. Juli 2025 eingereicht werden muss, damit es in den laufenden ÖPNV-Bedarfsplan aufgenommen werden kann.

Entgegen anderslautender Behauptungen der Tunnelparteien und in der Lokalpresse sind beide Verwaltungsvorlagen (oberirdisch oder unterirdisch) bis zur Leistungsphase 2 durchgeplant und mit der standardisierten Bewertung auf Förderfähigkeit geprüft worden. Es kann

aber für das gleiche Projekt nur ein Antrag eingereicht werden. Daher muss eine Entscheidung rasch erfolgen.

Die weitestreichenden Änderungen wollen die Beton-Fraktionen mit ihrem Megatunnel einbringen. Die Verwaltung hatte dazu schon mitgeteilt, dass bei Annahme dieses Antrags nahezu nichts von den bisherigen Planungen verwendet werden kann (wir berichteten – siehe auch Anlage 27 der Verwaltungsvorlage 1037/2024). Die Planung muss also bei Leistungsphase 1 neu anfangen. Eine so umfangreiche Änderung rechtzeitig zur Förderung einzureichen ist unmöglich. Das Projekt steht also kurz davor, gründlich schief zu gehen.

Wenn es nicht gelingt, rasch eine eindeutige Mehrheit für eine Version zur „Ertüchtigung“ der Ost-West-Achse zu organisieren, dann wird daraus wohl ein Wahlkampfthema.

Ausweg

Eine Lösung könnte die Version der Linken sein, die in Zusammenarbeit mit dem Bündnis Verkehrswende erstellt wurde (wir berichteten). Wir wollen bei den 60-Meter-Zügen bleiben und auf die Verlängerung der Bahnsteige verzichten. Nur die Haltestellen Neumarkt und Heumarkt sollen ausgebaut werden und zusätzliche Bahnsteigkanten erhalten, die eine Taktverdichtung ermöglichen.

Da nur zwei Haltestellen umgebaut werden, wäre es auch möglich, dass die Stadt es ohne Fördergelder aus eigener Tasche finanziert. Der Flaschenhals auf der Ost-West-Achse wäre beseitigt und spätere Generationen könnten für die gleiche Strecke Fördergelder beantragen, falls noch Bedarf besteht. Planungskapazitäten könnten für andere Projekte eingesetzt werden und der flächenmäßige Ausbau des KVB-Netzes könnte beginnen.

Unser Vorschlag bietet einen preisgünstigen, schnell umsetzbaren, ökologischen und barrierefreien Ausweg aus dem Dilemma.

Angela Bankert,
Albert Meinhardt



Bundesanzeiger: Streik unterbrochen!

Am 6. Januar beschlossen die streikenden Kolleg(inn)en des Bundesanzeiger Verlags ihren Ausstand, in den sie mehr als 130 Tage lang getreten waren, zu unterbrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Damit ging einer der längsten Arbeitskämpfe in Köln vorerst zu Ende. Worum ging es den Streikenden?

Der Bundesanzeiger Verlag, dessen Beschäftigte in erster Linie im Auftrag verschiedener Bundesministerien arbeiten, wurde 2007 eine hundertprozentige Tochter des Kölner DuMont-Konzerns. Er war seit seiner Gründung 1949 noch nie tarifgebunden, hielt sich aber jahrzehntelang im Großen und Ganzen an den Tarifvertrag der Druckindustrie. Seit der Übernahme durch M.DuMont Schauberg aber wurde zunehmend vom Tarifvertrag abgewichen: Durch schlechtere Eingruppierung als vorgeschrieben und durch Arbeitsverträge, die Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) an den Geschäftserfolg binden. Zudem setzte die Geschäftsführung immer stärker auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse: die Zahl der Leiharbeiter(innen) und zeitlich befristet angestellter Kolleg(inn)en nahm immer weiter zu und machte zuletzt gut 50 % der Arbeitsplätze aus. Das alles hatte auch Auswirkungen auf das Arbeitsklima.

Bei dieser Ausgangslage und beflügelt durch eine Organizing-Kampagne der Gewerkschaft ver.di stieg der Organisationsgrad beim Bundesanzeiger stark an – die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Tarifbewegung. Nachdem die Gewerkschaftsmitglieder im Verlag ihre Tarifforderungen entwickelt hatten, ging ver.di auf die Geschäftsführung zu. Deren Reaktion: Komplett Gesprächsverweigerung. Nach dieser Missachtung ihrer berechtigten Interessen traten die organisierten Beschäftigten in den Streik; zuerst nur tageweise, später dann immer länger. Zuletzt überstieg die Anzahl der Streiktage die der Arbeitstage bei weitem.

Unter den Streikenden entstand eine völlig neue Atmosphäre: Kolleg(in)en, die sich vorher kaum kannten, freundeten sich an, kreative Fähigkeiten entwickelten sich,



ein neuer Zusammenhalt und ein Gefühl für gemeinsame Arbeit entstanden. Es gab Unterstützung aus der Politik (Linke, Grüne, SPD) und aus anderen Betrieben, der ver.di-Vorsitzende Frank Wernecke kam nach Köln, die Streikenden standen vor dem Arbeitsministerium in Düsseldorf. Und die Presse berichtete – mit Ausnahme der DuMont-Monopolzeitungen. Der Streik im Hause DuMont sollte, nach dem Skandal um die Schließung der Druckerei, in der Kölner Öffentlichkeit totgeschwiegen werden. Durch direkte Einflussnahme auf Redakteure auch mit einigem Erfolg (so viel zum Thema Pressefreiheit).

Die Geschäftsführung reagierte allen Fürsprechern zum Trotz un-nachgiebig: Gespräche mit ver.di lehnt sie bis heute kategorisch ab. An Streiktagen verhängte man Hausverbote gegen die Streikenden, strich rückwirkend die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, setzte Teamleiter(innen), die sich solidarisch zeigten, unter Druck, und lässt bis heute befristete Arbeitsverhältnisse Streikbeteiligter gnadenlos auslaufen.

Man kündigte sogar eine am Streik beteiligte Kollegin unter einem fadenscheinigen Vorwand. Vor Gericht hielt diese Sanktion nicht stand. Auch der Versuch, Leiharbeiter(innen) zum Streikbruch einzusetzen, wurde vom Arbeitsgericht Köln als unzulässig angesehen.

Auch wenn die streikenden Kolleg(inn)en Erfolge erzielten, der materielle Druck (Streikgeld ist niedriger als der Normalverdienst) und die zahlreichen Repressalien der Geschäftsführung zeigten auf Dau-

er Wirkung: Die Beteiligung am Arbeitskampf ging zurück. Auch wenn viele derer, die die Arbeit wieder aufnahmen, erklärten, sie stünden weiterhin hinter den Zielen des Kampfes, schwächte jede(r), der die Arbeit wieder aufnahm, die Streikfront. Damit aber niemand der Gefahr von Strafmaßnahmen ausgesetzt wird, war eines klar: Gemeinsam, wie der Streik begonnen hatte, sollte die Arbeit auch (einstweilen) wieder aufgenommen werden. Und so wurde es gemacht: Am 7. Januar betraten diejenigen, die den Kampf monatelang geführt hatten, nach 130 Streiktagen den Glaspalast an der Amsterdamer Straße: Traurig, aber hoherhobenen Hauptes!

War es das jetzt? Nein. Der Kampf um einen Tarifvertrag, der allen Beschäftigten ein Auskommen ohne Zweitjob ermöglicht, geht weiter. Jetzt geht es aber zunächst darum, wieder zu alter Stärke zurückzufinden. Dafür müssen mehr Kolleg(inn)en von den gemeinsamen Zielen und dem nötigen aktiven Einsatz überzeugt werden. Dafür sind viele Gespräche nötig, Überzeugungsarbeit, freundlich und unentwegt. Und es gilt, einen Vertrauensleutkörper aufzubauen, um eine gut organisierte Struktur im Betrieb zu haben. Denn eines ist sicher: Wenn die Geschäftsführung Gespräche weiter ablehnt, wird wieder gestreikt werden – wann auch immer.

Gerhard Treinen, Betriebsratsvorsitzender des Bundesanzeigers,
Peter Trinogga,
Rentner, langjähriger Betriebsratsvorsitzender des BA

Ohne Kultur ist eine demokratische Gesellschaft nicht zukunftsfähig

In Zeiten knapper Kassen gibt es immer Stimmen, die einen Verzicht auf Förderung kultureller Institutionen und Projekte fordern. Die Auswirkungen dieser Denkweise lassen sich auch in Köln beobachten. Die Kultur als verhältnismäßig kleiner Posten im Haushalt der Stadt Köln wird mit überproportional großen Kürzungen konfrontiert, die eine vielfältige, soziale und zukunftsfähige Kulturlandschaft in Köln akut bedrohen. Kultur ist jedoch keine Nice-to-have, sondern ein absolutes Must-have.

Zu sagen, Klimaschutz und Bildung sind wichtiger als Theateraufführungen, ist falsch. Natürlich ist es ebenso falsch, z. B. Schulgebäude verfallen zu lassen, bei der Bildung oder beim Klimaschutz zu kürzen, um Theater oder Musik zu subventionieren. Die allermeisten Akteure in der Kultur leisten sehr effektive Bil-

dungsarbeit und sensibilisieren z. B. für das Thema Klimaschutz.

Der Deutsche Kulturrat beschreibt die Wirkungsweise von Kunst und Kultur: „Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur verweist auf die Vergangenheit und den Umgang mit überbrachten Werten, sie hat zu gleich eine zukunftsgerichtete Dimension und beinhaltet Visionen einer künftigen Gesellschaft. Im Umgang mit Kunst und Kultur zeigen sich also die Diskurse der Gesellschaft.“ Ein Zugang zur Kunst erlaubt einen Blick auf das Unfassbare, auf Utopien.

Jeder Mensch – ungeachtet seiner Lebenssituation oder seiner finanziellen Bedingungen – hat einen Anspruch auf kulturelle Teilhabe. Und obwohl dieses Menschenrecht in der UN-Charta verbrieft ist, sind wir von der Schaffung der dafür notwendigen Chancengleichheit noch

sehr weit entfernt.

Wichtig wäre eine inhaltliche Neuausrichtung und eine Bessierung von Bühnen, die neue Publikumsschichten erreichen. Das gelingt selten mit „Stars“, die meistens eher konventionell den Kanon des selbstbezogenen Kulturbetriebs bespielen. Man bezahlt häufig mehr für die Namen als für künstlerische Qualität. Mit Starregisseuren erreicht man ohnehin eher ein akademisch-kulturell gebildetes Publikum.

Köln hat sich auf den Weg zu dieser Demokratisierung von „Hochkultur“ gemacht. Dazu gehören Besuche von Grundschulklassen in der Oper ebenso dazu wie die Bespielung des Depots in Mülheim und den Theaterprojekten mit Anwohnern. Diese Demokratisierung darf nicht kaputtgespart werden, sondern muss ausgebaut werden.

Knut Lennart Scholz

Linkes Kino zeigt „Alle die Du bist“

Im Rheinischen Braunkohlerevier lebt Nadine mit ihrem Ehemann Paul. Paul (Carlo Ljubek) leidet an Panikattacken und hat unter anderem deshalb seinen Job verloren. Der Betrieb, in dem sie sich kennengelernt haben, ist zunehmend vom Strukturwandel bedroht. Nadine erkennt immer mehr, dass offenbar auch ihre Gefühle für Paul verloren gehen. Unter den vielen Herausforderungen als Ehefrau, Mutter zweier Töchter, Arbeitskämpferin und Freundin droht Nadine in dem Film von 2024 zu zerbrechen.

Regisseur Michael Fetter Nathansky, der im gut besuchten Filmhauskino ausführlich für Diskussion und Fragen zur Verfügung stand, zeigt aus Nadines Perspektive, gespielt von Aenne Schwarz, wie sie sich gerade in der Beziehung zu Paul fühlt – mal ist Paul eine Kuh, die mit sanftem Druck und viel Streicheln aus dem misslungenen Vorstellungsgespräch erlöst werden muss, dann wieder ein junger Mann, der sie fasziniert durch seine unbekümmerte Energie oder aber auch eine ältere Frau, an die sie sich wie

an eine Mutter anlehnen kann.

Wir als Zuschauer sehen, dass Liebe beweglich ist und in ganz unterschiedlichen Rollenzuschreibungen empfunden werden kann. Die oft gestellte Fragen „Was ist Liebe? Was finden wir, wenn wir Liebe suchen?“ wollte Fetter Nathansky neu darstellen und hat dafür außergewöhnliche, aber sehr treffende Bilder gefunden – wie auch die zustimmenden Reaktionen der Zuschauer*innen zeigten.

Linkes Kino hat diesen im Eisenwerk Brühl und in einer Fahrzeugwerkstatt im Tagebau gedrehten Film zur Vorstellung ausgesucht, weil hier Menschen aus dem Arbeitermilieu in eher ungewohnter Art miteinander reden und agieren. Die Liebeskrise von Nadine und Paul wird offen von beiden angesprochen. Paul versucht alles, um die Liebe wieder zu erwecken und die Leichtigkeit in ihre Beziehung zurück zu holen. Doch Nadine wünscht sich eine Auszeit. Die aber ist nicht möglich, da in ihrem Betrieb gerade arbeitsplatzgefährdende Entwicklungen verhindert werden müssen, und



Foto: Mika Swenson

sie den Kampf erfolgreich aufnimmt.

Spannend war für uns zu hören, wie der Regisseur und der ebenfalls mit angereichte Schauspieler Peter Brachschoss uns quasi von der Idee bis hin zum fertigen Film mitgenommen haben, und auch für die Beiden der fertige Film klüger ist als sie selbst, da manches in den unterschiedlichen Beziehungen erst im Film und dann bei uns Zuschauern zu sehen ist.

„Alle die Du bist“ war eine gelungene Auswahl von Linkes Kino, ein Film mit besonderen Einblicken. Und im Zusammenspiel zwischen Regisseur und Publikum kamen Aspekte zum Vorschein, die ohne die angeregte Diskussion, sehr gut geführt von Hajra Munir-Khawaja, nicht zu finden gewesen wären. Ein empfehlenswerter Film!

Renate Alves

TERMINE

Mi., 5. März

Protestaktionen gegen die Tagung der AfD im Gürzenich. Ab 13 Uhr, Gürzenichstraße



Do., 6. März

Skeptics in the Pub: Von Humbug und Heilsversprechen zu Homburg und Holocaustleugnung.

Referentin: Nora Feline Pösl (Soziologin), Infos: <https://sitp.koeln/>, 19.30 Uhr, Herbrand's, Herbrandstr. 21, 50825 Köln

Fr., 7. März

Eröffnung der Ausstellung „Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“. 19 Uhr, im NS-Dokumentationszentrum.

Offener Hof: Kennenlernen des gemeinschaftlichen Wohnprojekts, Fragen u. Austausch, VA: Machbarschaft Petershof e.V., Info: <https://petershof.org>, 17-19 Uhr, Petershof, Lövenicher Weg 9-11, 50933 Köln

Sa., 8. März

Enthüllung der Friedensstatue aus Korea, 16 Uhr, vor dem NS-Dokumentationszentrum mit Nataly Jung-Hwa, Monika Hauser und Behshid Najafi.

Frauenrechte sind Menschenrechte. Programm zum Internationalen Frauentag mit Ausstellungen, Mitmachaktionen u. Bühnenprogramm mit Live-Podcast, Kurzlesungen, Livemusik u.a., Koop., mit der Stadt Köln freier Eintritt, Kulturbunker Mülheim, Berliner Str. 20, 51063 Köln

Markt der Möglichkeiten. Zum Internationalen Frauentag stellen sich Kölns Frauenorganisationen vor, 16 u. 17h Workshop über »Tradwives« von Kinga Bartczak freier Eintritt, Rathaus, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Heraus zum feministischen Kampftag!

Wir kämpfen, wir streiken, wir leben - Gemeinsam gegen Patriarchat und Kapitalismus, Kundgebung u. Demo, VA: 8M_Bündnis Köln, 16 Uhr, Neumarkt, 50667 Köln

So., 9. März

„Die versunkene Stadt für mich allein versunken ...“ (Hilde Domin)

Stadtführung zu Schriftstellerinnen in Köln, VA: Literaturhaus Köln u. Frauenschichtverein, Treffpunkt: Haupteingang St. Maria im Kapitol, 10 Euro, 14 Uhr, St. Maria im Kapitol, Marienplatz 17-19, 50676 Köln

Luisa Neubauer. „Was wäre, wenn wir mutig sind?“, Lesung u. multimedialer Abend zur Klimakrise, 20 Uhr, Gloria, Apostelstr. 11, 50667 Köln

Di., 11. März

Die Frauen von Mamak. Widerstand im türkischen Militärgefängnis, Lesung u. Gespräch mit Herausgeberinnen der türkischen u. der deutschen Ausgabe u. Fatma Tuna, 19.30 Uhr, Allerweltshaus, Geisselstr. 3-5, 50823 Köln

Mo., 17. März

Schulbau Berlin–Wien–Köln. Vorträge über die Berliner Schulbauoffensive, Schulprojekte in Wien und Berlin sowie die Kölner Schulbaustrategie und Podiumsdiskussion mit Expert:innen, BDA Montagsgespräch, 19.30 Uhr, Domforum, Roncalliplatz 2, 50667 Köln

Do., 20. März

Lisa Fittko – Biografie einer Fluchthelferin. Als aktive Widerstandskämpferin stellte sie sich mutig den Nationalsozialisten

entgegen. Sie gilt als die bedeutendste Fluchthelferin des 20. Jahrhunderts. Doch bisher war nur wenig über sie und ihr Leben bekannt. Dr. Eva Weissweiler würdigt Lisa Fittko in der ersten Biografie, die über sie erschienen ist, als facettenreiche Persönlichkeit im Widerstand, im Exil und als Kämpferin für Frieden und Freiheit. 18 Uhr, Eine Veranstaltung im Rahmen der Kampagne »Demokratie ist alternativlos«. Weitere Infos unter: <http://demokratie-ist-alternativlos.elde-hauskoeln.de>

Fr., 21. März

Deutsch sein und Schwarz dazu. Cineastische Hommage an Theodor Wonja Michael mit Ausschnitten aus Dokumentarfilmen,

anschl. Gespräch mit Gästen über sein Leben u. seinen Nachlass, Begleitveranstaltung zur Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« im NS-Dok., freier Eintritt.

1925 geboren, gehörte Theodor Wonja Michael bis zu seinem Tod 2019 zu den bekanntesten Persönlichkeiten der Bewegung Schwarzer Menschen in Deutschland. In Köln hat er zahlreiche Spuren hinterlassen, nicht zuletzt ist die erste Schwarze Bibliothek NRW hier nach ihm benannt. Auch die Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«, die gerade im NS-DOK zu sehen ist, hat er unterstützt. Am heutigen Internationalen Tag gegen Rassismus wird Michael mit einer cineastischen Hommage geehrt, Gäste erzählen von seinem Leben und stellen seinen Nachlass vor. 19 Uhr, Filmforum NRW, Bischofsgartenstr. 1, 50667 Köln

Sa., 22. März

Kölner Wohnprojekttag. Solidarisch bauen und leben – gemeinschaftliche Wohnprojekte für bessere

FRAKTIONS-TERMINE

Mo, 6. März, 18 Uhr
AK Verkehr

Mo, 6. März, 19 Uhr
AK Soziales und Integration

Mo, 10. März, 18 Uhr
AK Wirtschaft + Finanzen

Mo, 10. März, 18.15 Uhr
AK Umwelt

Do, 13. Januar, 18.15 Uhr
AK Verkehr – Ausschussvorbereitung

Do, 13. Januar, 19 Uhr
AK Bildung und Jugend

Mo, 17. März, 19.30 Uhr
AK Gesundheit + Inklusion – Ausschussvorbereitung

Do, 20. März, 18 Uhr
Bau, Liegenschaften. Stadtentwicklung und Wohnen

Do, 27. März, 18.15 Uhr
AK Frauen

Mo, 7. April, 19.30 Uhr
AK Gesundheit + Inklusion

Do, 10. April, 18.15 Uhr
AK Verkehr

Nachbarschaft, Workshops, Podiumsdiskussion u.a., Infos: <https://mitstadtzentrale.de/> Freier Eintritt, 11 bis 17 Uhr. FORUM VHS am Neumarkt, Cäcilienstraße 29-33, 50667 Köln

Di., 25. März

Welche Mobilitätsprojekte bewegen Köln?

Ascan Egerer (Beigeordneter für Mobilität der Stadt Köln) berichtet von aktuellen Vorhaben der Stadt freier Eintritt, 19 Uhr, KulturKubus, Haus der Architektur, Josef-Haubrich-Hof 2, 50676 Köln

Mi. 14. Mai

Frühjahrsempfang der Ratsfraktion Die Linke, 18 Uhr, Bürgerhaus Kalk, Kalk-Mülheimer-Str. 58

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln
Tel. 221-278 40, E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de
V.i.S.d.P. Michael Weisenstein

Schulgelder verschwinden im Haushaltsloch

Die Leitungen aller Kölner Schulen, von den Grundschulen bis zu den Berufskollegs sind empört: am 18. Dezember werden sie vom Amt für Schulentwicklung der Stadt darüber informiert, dass die Stadt ohne Vorwarnung die Gelder auf den Schulgirokonten einkassiert, um ihre anderweitigen Finanzlücken zu schließen. Man kann schon eine böse Absicht dahinter vermuten, dass dieses Ansinnen erst kurz vor den Weihnachtsferien mitgeteilt wird: sozusagen eine epidemiologische Prävention: so verhindert die Stadt, dass unter den Schulen das „Dezemberfieber“ ausbricht, sprich: Dass sie kurz vor Jahresende noch möglichst viel Geld ausgeben, bevor die Stadtverwaltung es am Jahresanfang einkassiert.

Auf die Girokonten bekommen die Schulen Geld für vom Ministerium definierte Aufgaben. Dagegen können sie über die Mittel aus dem Klasse-Projekt frei verfügen. Seit 1997 bekommen die Schulen die Hälfte des Geldes auf das von ihnen verwaltete Konto, das sie bei der Heizung, dem Strom und den Müllgebühren durch ressourcenschonenden Umgang eingespart haben. Viele Schulen konnten den Verbrauch an Heizung, Strom und Wasser halbieren. Davon profitierte der städtische Haushalt, aber auch die Schulen. Die haben davon nicht Lehrerausflüge bezahlt, sondern ihre knappen Mittel für Kopierpapier und anderen Lernmittel aufgestockt.

In einem Offenen Brief schreiben die Schulleitungen an die Stadt und die Öffentlichkeit:

„Schulen mit zahlreichen sozio-

ökonomischen Belastungsfaktoren (z.B. Armut, Arbeitslosigkeit, mangelnde Freizeitangebote) für die kindliche Entwicklung und Bildung, denen ansonsten keine weiteren Unterstützungen wie Fördervereine, freiwillige Zusatzbeiträge der Eltern und Sponsoren zur Verfügung stehen, geraten dadurch weiter ins Hintertreffen.

In einer Zeit, in der viele Schulen ohnehin mit überalterter Infrastruktur, steigenden Schülerzahlen und wachsenden pädagogischen Herausforderungen kämpfen, bedeutet diese Maßnahme eine massive Verschlechterung der Rahmenbedingungen. Die Einbehaltung dieser Mittel ist nicht nur kurzfristig, sondern wird langfristig negative Auswirkungen auf die Bildungsqualität in Köln haben.“

Einige größere Schulen haben bis zu 30 000 Euro auf ihren Konten u.a. für Lehr- und Lernmittel. Was sie davon nicht ausgegeben haben, wird einkassiert. Der Schulausschuss befasste sich Ende Januar damit. In einem gemeinsamen Antrag von Grünen, CDU und Volt wird gefordert, dass das Klasse-Projekt fortgeführt und die eingesparten Gelder auch ausgezahlt werden sollen. Der Vertreter der Linken im Schulausschuss, Heiner Kockerbeck, unterstützt das natürlich. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Doch dann wurde er auf Veranlassung der Verwaltung von den Grünen modifiziert. Nun heißt es nur noch, es solle „geprüft werden, ob die Prämienzahlungen ... ausgezahlt werden können.“ Mittlerweile habe die Verwaltung signali-

siert, dass sie das Geld auszahlen werde, beruhigt Bärbel Hölzing, die Grünen-Vertreterin im Schulausschuss.

Klar: Bildung und Schule sind enorm wichtig, betonen alle Parteien. Und erst recht Umweltbildung. Schließlich sollen sich unsere Kinder und Jugendlichen an der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele beteiligen. Auch das hatte der Rat beschlossen. Was ist angesichts dieses Ansinnens der Schulverwaltung davon zu halten? Hier geht es um verschwindend geringe Summen im Vergleich mit Großprojekten wie etwa allein die Planungskosten der tiefergelegten Ost-West-Stadtbahn. Sicher:

Die Kommunen stehen unter enormem finanziellen Druck, den sie nicht selbst verschuldet haben, sondern der das Ergebnis einer verfehlten Steuerpolitik und falscher Verteilung der Steuergelder zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist. Dennoch können Rat und Verwaltung überlegen, wo gespart wird und wo nicht, anstatt den Schulen in die Taschen zu greifen. Es ist zu hoffen, dass die Verwaltung nun den Beschluss des Ausschusses umsetzt. Alles andere wäre kein Beitrag dazu, Kindern und Jugendlichen die Vorzüge eines demokratischen Rechtsstaats nahezubringen.



Karl-Heinz Heinemann